

## **Ortsfrauenausschuss IG Metall**

### **1. Wie kann aus Ihrer Sicht die Entgeltlücke zwischen Mann und Frau überwunden werden? Wie stehen Sie persönlich dazu und wie steht ihre Partei dazu?**

Liberaler Frauenpolitik bedeutet: Gleicher Lohn für gleiche Leistung. Das heißt, wenn eine Frau die gleiche Arbeit verrichtet wie der Mann, dann sollte sie den gleichen Lohn erhalten.

### **2. Was ist aus Ihrer Sicht noch alles zu tun, um die Gleichstellung am Arbeitsmarkt zu fördern und was unternimmt ihre Partei aktuell um die Gleichstellung am Arbeitsmarkt zu fördern?**

Eingefahrene Strukturen aufzulösen ist schwer. Eine Möglichkeit wäre die anonyme Bewerbung um neutrale Entscheidungen zu erhalten.

### **3. „Frauen in Führungspositionen“ ist in vielen Unternehmen und Organisationen ein Thema. Wie stehen Sie persönlich und ihre Partei zu diesem Thema?**

Die Freien Demokraten und ich begrüßen es, wenn mehr Frauen sich für eine Führungsposition entscheiden und setzen uns auch dafür ein. Allerdings sind wir gegen eine Quote, denn wir Frauen wollen durch Leistung überzeugen und die sie hilft nur wenigen.

### **4. Was muss aus Ihrer Sicht noch alles getan werden, um geschlechtergerechte Gestaltung der aktiven Arbeitsmarktpolitik weiter voranzutreiben. Was diskutiert ihre Partei zu diesem Thema?**

In der Jugend wird der Grundstein gelegt und das fängt bei der Bildung an. Wir wollen das junge Mädchen sich auch für MINT-Berufe interessieren und entscheiden. Und die Unterscheidung von typisch männlichen und typisch weiblichen Berufen muss wegfallen.

### **5. Nach wie vor sind es überwiegend die Frauen, die sich um die Kinder kümmern und dafür oftmals ihre Karriere vernachlässigen, während nicht einmal jeder dritte Vater überhaupt Elternzeit beantragt. Was muss in Politik und Gesellschaft geschehen, damit Beruf und Familie besser, sprich gerechter und gleichmäßiger, zwischen Müttern und Vätern aufgeteilt werden? Wie stehen Sie zu diesem Thema und was ist Ihre Forderung, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerechter zu verteilen?**

Jede Familie soll selbstständig entscheiden, wer und wie die Kinder betreut werden. Die Männer heute haben eine andere Einstellung gegenüber Hausarbeit und Kindererziehung und wollen mehr Verantwortung übernehmen. Der Wandel ist da und er braucht wie vieles andere seine Zeit.

### **6. Ein gesetzliches Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit wäre ein Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und würde die Chancengleichheit zwischen Mann und Frau verbessern. Wie stehen Sie persönlich zu einem gesetzlichen Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit? Wie sehen Sie aus Ihrer Sicht die Chancen, auf einen politischen Erfolg Ihrer Partei ein gesetzliches Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit durchzusetzen?**

Ein Gesetz ist nicht immer einer Sache förderlich sondern kann auch kontraproduktiv sein. Wie sehen Sie das Risiko dass dann weniger Teilzeitstellen angeboten werden? Teilzeitstellen sind für viele ein Einstieg bzw ein Wiedereinstieg ins Berufsleben. Wenn eine Stelle von Teil- auf Vollzeit umgestellt wird arbeitet hier nur noch eine Person wo vorher zwei beschäftigt waren. Aus einer

Arbeitsstelle kann man nicht einfach zwei machen und was macht dann der/die Andere?

**7. Arbeitszeit – sicher, gerecht, selbstbestimmt. Arbeitszeit, die zum Leben passt. Wie stehen Sie persönlich dazu?**

Durch die Digitalisierung entstehen heute Berufe die es gestern noch nicht gab und es werden noch weitere dazu kommen. Dafür werden andere verschwinden. Es gibt Berufe, z. B. Handwerker, die es sich nicht aussuchen können wann sie arbeiten, denn wenn es Nacht ist will Jeder seine Ruhe und keinen Baulärm. Auf der anderen Seite sind Arbeitszeitkonten eine gute Idee, damit wir wenn Arbeit da ist Stunden ansammeln können und wenn es mal keine Arbeit gibt oder mit den Kindern was ist dann „abgebummelt“ werden können.

**8. Gute Bildung schützt vor Arbeitslosigkeit. Die Chancen auf gute Bildung sind aber ungerecht verteilt. Sie hängt noch immer stark von der eigenen Herkunft ab – 84 Prozent der Kinder von Eltern mit Abitur gehen selbst aufs Gymnasium. Aber nur 31 Prozent der Kinder, bei denen kein Elternteil über die Hochschulreife verfügt. Im Beruf selbst das gleiche ungleiche Bild. Nur 20 Prozent der Beschäftigten mit einfachen Tätigkeiten nehmen an betrieblicher Weiterbildung teil. 93 Prozent der Beschäftigten fordern laut der IG Metall-Befragung 2017 eine Bildungspolitik, die Bildungserfolge unabhängig von der sozialen Herkunft ermöglicht und das recht auf betriebliche Fortbildung. Wie stehen Sie zu der Forderung der IG Metall?**

Bildung war und ist der Schlüssel zum Erfolg im Leben. Deshalb fordern die Freien Demokraten und ich für jedes Kind die richtige Schule. Die Freien Demokraten wollen deshalb ein Elternunabhängiges Bafög und Bildungsgutscheine. Eines muss aber auch klar sein, dass wenn alle studieren wer baut dann die Uni's? Wenn alle das Gymnasium besuchen und studieren wollen, wer repariert unsere Autos, Heizungen etc wenn wir es selber nicht können. Wir können die Beschäftigten nicht zwingen sich weiterzubilden aber wer sich bilden will sollte auch nicht daran gehindert werden.

**9. Viele Menschen fürchten die Abwärtsspirale am Arbeitsmarkt. 2016 gab es mit über einer Million so viele unsichere Leiharbeits-Jobs wie noch nie. Die Hälfte der Leiharbeitsverhältnisse ist nach drei Monaten aber schon wieder beendet – 29 Prozent sogar schon nach einem Monat. Viele quälen sich durch unbegründete Dauer- und Kettenbefristungen. Eine Lebens- und Familienplanung ist damit nicht möglich. Wie stehen Sie zur Abschaffung sachgrundloser Befristungen, Minijobs und prekärer Soloselbstständigkeit?**

Hier bin ich im Zwiespalt. Gut finde ich und die Freien Demokraten dass die Leiharbeit vielen Menschen den Einstieg bzw. Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt ermöglicht und um Arbeitsspitzen zu bewältigen. Ich persönlich bin gegen die sachgrundlose Befristung. Für mich muss nach einer bestimmten Zeit und spätestens nach 2 Jahren für jeden Firmeninhaber oder Personalchef klar sein, ob jemand in der Firma bleiben kann oder nicht, ob sie oder er die/der Richtige ist.

**10. Mehr als zwei Millionen Pflegebedürftige werden zu Hause von ihren Angehörigen versorgt. Aber nur 39.000 Menschen nehmen mit der Pflegezeit oder Familienpflegezeit eine Freistellung oder befristete Teilzeit in Anspruch. Das Problem: Die Menschen wollen keine Schulden für die Pflege machen müssen. Über 84 Prozent der Beschäftigten fordern laut der aktuellen Beschäftigtenbefragung der IG Metall einen steuerfinanzierten Entgeltausgleich für Kindererziehung, Pflege oder Weiterbildung. Wie stehen Sie zu dieser Forderung der IG Metall?**

Es ist einfach etwas zu fordern, aber bevor was umgesetzt wird muss geschaut werden woher das

Geld kommen kann. Denn wie jede Arbeiterin und jeder Arbeiter muss eine Politik mit Augenmass und die rechnen kann schauen wer und wie das Geld erarbeitet wird bevor man es ausgeben kann. Denn alle die arbeiten gehen müssen es zahlen.

**12. Wir brauchen endlich wieder eine Steuerpolitik, die für einen solidarischen Ausgleich sorgt und den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt. Allerdings ist gerade in Deutschland die Ungleichheit bei der Vermögensverteilung außerordentlich hoch. Die ärmere Hälfte der Haushalte verfügt insgesamt nur über rund ein Prozent des Nettovermögens – während die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens besitzen. Doch die Vermögenssteuer wird nicht erhoben. Und während der individuelle Lohnsteuersatz bis zu 42 Prozent beträgt, müssen Einkünfte aus Kapitalerträgen nur mit 25 Prozent versteuert werden. 77 Prozent der Beschäftigten fordern laut IG Metall mehr Verteilungsgerechtigkeit durch eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen, hoher Vermögen und großer Erbschaften. Auf welcher Seite stehen Sie?**

Sie fordern, dass Ihre Beschäftigten sich weiterbilden sollen um dann mehr bzw besser zu verdienen. Mit einer Forderung diese Einkommen stärker zu belasten wird jeder Anreiz mehr zu Leisten genommen. Wir Freie Demokraten wollen nicht den Reichen mehr wegnehmen, sondern den Armen weniger. Dann können auch die Armen reich werden. Ein Anfang wäre bei der Einkommenssteuer die Tabelle nach „rechts zu verschieben“, d. h. der höhere Steuersatz greift später und der Mittelstandsbauch würde abgeflacht.

Bei großen Vermögen und großen Erbschaften liegt das Geld nicht auf der Bank, sondern sind Gebäude, Maschinen oder Grundstücke die sich mehr schlecht als recht versilbern lassen. Man muss da nur an Gloria von Thurn und Taxis denken die vor vielen Jahren Grundstücke und/oder Gebäude verkaufen mußte um die Erbschaftssteuer zu bezahlen. Wer kann sowas kaufen bzw sich leisten?